

## Der Entscheidung entgegen.

Parteiberatungen im Abgeordnetenhaus.

Der heutige Tag findet das Parlament in fiebriger Tätigkeit. Die Gruppen des Nationalverbandes werden sich mit der Situation im Hause beschäftigen und zum Antrag der Deutschradikalen, der bekanntlich die Niederlegung der Obmann- und Berichterstatterstellen in den Ausschüssen verlangt, Stellung nehmen. In deutschen parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Beschluß der Parteien derart ausfallen werde, daß das Gefüge des Nationalverbandes darunter nicht leide; denn daß der Verband politisch etwas anderes bedeutet, als Gruppen, die von Fall zu Fall sich über die einzunehmende Haltung verständigen, braucht keiner näheren Erörterung. Es handelt sich den Deutschradikalen in der Tat bei dem Antrag in erster Reihe um eine taktische Demonstration, wie dies auch die „Pol. Tages.“ andeuten, indem sie schreiben: Der Parlamentarismus schwebt in einer ernstlichen Gefahr, da die Regierung an ihrer Auffassung festhält, daß alles geschehen sei, um den Parteien die Teilnahme an der Regierung zu ermöglichen und somit die Verweigerung des Budgetprovisoriums als eine gegen den Staat gerichtete Handlung aufzufassen wäre. Von deutscher Seite wird darauf verwiesen, daß geradezu ein Rollenwandel stattgefunden habe und daß nunmehr gerade die Deutschen, indem sie für die Erhaltung des Parlaments eintreten, von jenen Parteien, die bisher am lautesten für die Demokratie eingetreten sind, Taten verlangen müssen. Die deutschbürgerlichen Abgeordneten waren sich der Schwierigkeiten bewußt, die eine Einberufung des Parlaments ohne die sorgfältigste Vorbereitung der Tagung bereiten würde, und haben daher mit allem Nachdruck seinerzeit die Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrates verlangt. Diesem Streben lag neben der Wahrnehmung der deutschen Interessen vor allem die Bedachtnahme auf die Erhaltung der parlamentarischen Einrichtungen zugrunde. Was jetzt geschieht, überrascht also die deutschen Abgeordneten nicht. Sie müssen aber von jenen Parteien, welche die bedingungslose Einberufung des Reichsrates verlangt haben, mit gutem Recht nun auch das bedingungslose Eintreten für die demokratischen Einrichtungen verlangen, das heißt, für die Bedürfnisse des Staates sind alle haßbar zu machen, die sich nicht ausdrücklich als Gegner des Staates bekennen. Die Verweigerung des Budgetprovisoriums und der Kredite ist durch die Berufung auf irgendwelches Parteiprogramm nicht entschuldigbar und wäre gleichbedeutend mit dem Versuch, das Parlament zu zertrümmern.

Die Tschechen haben am Sonntag in Prag Kriegsrat gehalten. Der neue staatsrechtliche Verband hat daselbst getagt, als dessen Programm Abg. Klossac verkündet: Eigener souveräner tschechischer Staat. Mit einer telegraphischen Begrüßung Dr. Kramarz' und der Hoffnung, ihn bald an der Spitze des Verbandes zu sehen, endete die Tagung. Auch die tschechischen Sozialdemokraten hielten eine Beratung ab; zwischen der Mehrheit dieser Partei und der radikalen Minderheit kam eine Verständigung zustande, was zur Folge hat, daß Abg. Dr. Schneral, der von den Radikalen angefeindet wird, in seiner führenden Parteilstellung verbleibt. Daß die Tschechen wichtige Dinge erwarten, geht daraus hervor, daß die tschechischen Abgeordneten zur heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eigens dringend aufgebeten wurden.

Die Sitzung des Hauses selbst bringt die Beendigung der ersten Lesung des Budgets, wozu Abgeordneter Daszynski für den Polenklub sprechen wird; diese Rede wird zugleich Klarheit über die Forderungen der Polen schaffen. Morgen wird überdies Ministerpräsident Dr. v. Seidler mit dem Präsidium des Klubs in Fühlung treten. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen, die besonders dem Wiederaufbau Galiziens und der Wiedereinführung der Zivilverwaltung in diesem Lande gelten, hängt die weitere Gestaltung der Dinge im Parlament ab.

Vormittags findet eine Obmann-Konferenz statt; sie wird das Arbeitsprogramm des Hauses für die nächsten Tage festsetzen und vielleicht auch zur Klärung der Verhältnisse beitragen.